

Deutschland nimmt mehr „Flüchtlinge“ auf, als überhaupt am Mittelmeer ankommen

[13. Oktober 2018 aikos2309](#)



Fast alle nach Europa kommenden Asylbewerber landen in Deutschland. Die Merkel-Regierung nimmt in diesem Jahr sogar mehr „Flüchtlinge“ auf als an den Mittelmeerküsten ankommen. Bis zum 7. Oktober stellten 125.000 Ausländer sogenannte Asylersanträge.

Im selben Zeitraum kamen jedoch nur 84.400 in Griechenland, Spanien und Italien an. Diese Länder haben die „Schutzsuchenden“ fast vollständig nach Deutschland durchgewinkt. Außerdem durften 40.000 weitere hinein.

So sieht also die „europäische Lösung“ aus, die Bundeskanzlerin Angela Merkel versprochen hatte. Nachdem Innenminister Horst Seehofer Migranten an den Grenzen abweisen wollte, die bereits in einem anderen Land einen Asylantrag gestellt haben, ist praktisch nichts geschehen.

Merkel hatte den „nationalen Alleingang“ des CSU-Chefs innerhalb von zwei Wochen durch bilaterale Verträge verhindern wollen. Theoretisch gibt es zwei Rücknahmeabkommen mit Spanien und Griechenland – die die CDU-Vorsitzende als großen Erfolg verkaufte.

Doch die Ergebnisse sind ein schlechter Witz: Nach Spanien wurde seitdem laut Bundesinnenministerium niemand (!) zurückgeschickt, nach Griechenland gerade einmal drei, berichtet die [Welt](#).

Seit April 2016 reisen jeden Monat 10.000 bis 16.000 „Schutzsuchende“ nach Deutschland ein. An diesen Zahlen hat sich auch nichts geändert, seitdem Merkel die Abkommen versprochen hatte, um den von der CSU angedrohten Koalitionsbruch zu verhindern ([EU-Papier beweist! Es ging nie um „Flüchtlinge“, sondern um eine geplante „Neuansiedlung“](#)).

Seehofer war dennoch eingeknickt: Zurückweisungen hat es nie gegeben. Die Einwanderung über ausschließlich sichere Drittstaaten geht unvermindert weiter – jeden Monat kommen rund 13.000 Migranten ins Land. Das sind 50 Prozent mehr, als überhaupt an den Küsten der Mittelmeerstaaten ankommen.

Die Internationale Organisation für Migration (IOM) verzeichnet von 1. Januar bis 7. Oktober insgesamt 39.400 Migranten an Spaniens, 24.000 an Griechenlands und 21.000 an Italiens Küste. Macht insgesamt 84.400. So gut wie keiner dieser Einwanderer ist jedoch geblieben, wo er ankam. Praktisch alle zogen weiter nach Deutschland ([Kalergi-Plan: Die Abschaffung der europäischen Völker wird alternativlos herbeigeredet \(Video\)](#)).

Die Bundesregierung ließ insgesamt sogar 125.000 „Flüchtlinge“ ins Land. So viele Ausländer stellten bisher insgesamt Asylersanträge. Mit anderen Worten: Die Deutschen müssen die Migrationskrise komplett allein schultern. Alle anderen Völker haben sich inzwischen Regierungen gewählt, die die dauerhafte Aufnahme verweigern.

Merkels Ankündigungen, eine gerechtere Verteilung der Zuwanderer in der EU zu erreichen, entpuppen sich seit drei Jahren lediglich als leeres Gerede. Kein Wunder: Der Status quo ist für alle anderen Länder bequem, denn sie nehmen zumindest seit diesem Jahr praktisch überhaupt keine Migranten dauerhaft auf.

Und da Merkel dies offenbar gern tut und weiterhin Grenzkontrollen und Rückführungen ablehnt, besteht für die anderen EU-Staaten keinerlei Handlungsbedarf ([Migrationspakt der UN: In zwei Generationen ist Deutschland gekippt, wenn die Masseneinwanderung nicht gestoppt wird](#))

Auch die europäische Aufnahmezentren in den Maghrebstaaten, die Merkel im Juni angekündigt hatte, werden nicht kommen. „Davon wird seit Monaten nicht einmal mehr gesprochen“, konstatiert die „Welt“.

Das Gepoltere der CSU vom Frühsommer hat sich im Nachhinein ebenfalls als reines Scheingefecht herausgestellt. Weder eine „europäische Lösung“ noch übergangsweise nationale Zurückweisungen hat es seitdem gegeben.

Aller Voraussicht nach wird das zumindest solange weitergehen, wie CDU und CSU in der Regierungsverantwortung sind ([Globaler Migrationspakt: Der Widerstand wächst nun auch in Österreich](#)).

Dänemark schafft dauerhafte Aufenthaltserlaubnis für »Flüchtlinge« ab

Im Rahmen der Verhandlungen über den Staatshaushalt für das kommende Jahr hat Dänemark ein neues Asylgesetz verabschiedet. Es schließt der verdeckten Zuwanderung unter der Vorspiegelung angeblicher Asylgründe das Tor.

Wer als afrikanischer Wirtschaftsmigrant Dänemark auf seinem persönlichen Wunschzettel stehen hat, wird eine persönliche unangenehme Überraschung erleben. Das Staatsparlament hat eine Reformation des dänischen Asylrechts beschlossen. Migranten, Asylanten oder »Flüchtlinge« erhalten keine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis mehr ([Die europäische Endlösung: Migrationsflut biblischen Ausmaßes kommt auf uns zu!](#)).

Stattdessen werden sie mit einer Arbeitserlaubnis ausgestattet, mit der sie in einem für ihr Heimatland wichtigen Berufen ausgebildet werden. Sobald der angegebene Asylgrund in der Heimat weggefallen ist, erfolgt sofort und unmittelbar die Abschiebung in die Quellenländer. Rechtsmittel haben keine aufschiebende Wirkung, Klagen gegen die Abschiebung können aus dem Heimatland eingereicht werden.

Die Asylanten müssen zunächst ihren Aufenthalt in Dänemark aus Eigenmitteln bestreiten. Durch die zeitnahe Arbeitsaufnahme haben sie dann selbst für ihr Ein- und Auskommen zu sorgen. Staatliche Unterstützung gibt es nur in wenigen Ausnahmefällen und in einem sehr engen, sprich knapp bemessenen, Rahmen ([Marrakesch-Erklärung: Aufnahme von bis zu 300 Millionen Migranten durch EU vereinbart](#)).

Unmittelbare finanzielle Zuwendungen werden nahezu komplett gestrichen. Die staatlichen Hilfen gibt es in erster Linie in Form von Sachleistungen.

Die Gesetzesänderung wurde von der dänischen Volkspartei eingebracht, die große Mehrheit der Abgeordneten im Parlament (Folketing) schloss sich diesem Änderungsvorschlag an. Ein Grund für die breite Zustimmung war die Tatsache, dass in der Vergangenheit neun der zehn nach Dänemark eingesickerten Asylanten versuchen, dauerhaft im Land zu bleiben ([«Globaler Pakt für Migration» – Schwarz auf Weiss: Es gibt kein Zurück! \(Video\)](#)).

Das sei ein eklatanter Verstoß gegen die Grundregeln des Asylrechts; einem Verstoß, den sich Dänemark nicht länger wehrlos beugen werde, sagte Regierungschef Lars Løkke Rasmussen.